

Resolution

Keine weitere Versalzung der Weser

Der Landkreis Nienburg/Weser wendet sich zum Schutz unserer Weser entschieden **gegen den Antrag** des Kaliunternehmens K+S für eine höhere Salzeinleitung in die Werra und damit in die Weser. Das Unternehmen K+S wird aufgefordert, nicht mehr wie in der Vergangenheit Unmengen an Salzlauge in die Werra und die Weser einzuleiten, sondern seine Produktionsabfälle ordnungsgemäß zu entsorgen.

Auch im Landkreis Nienburg/Weser sind Fischerei, Landwirtschaft, Tourismus, Naturschutz, Wasserversorgung, Gesundheit und Schifffahrt von der seit Jahrzehnten hohen Salzeinleitung negativ betroffen. Um die EU-Wasserrahmenrichtlinie einzuhalten und unsere Weser endlich wieder in einen guten ökologischen Zustand zu versetzen, hatten am 18.03.2016 alle Länder der Flussgebietsgemeinschaft Weser neue Grenzwerte und eine deutlich verringerte Salzeinleitung ab 2021 beschlossen und gegenüber der EU für verbindlich erklärt.

Vom Land Niedersachsen wurde eine neue Messstelle in Boffzen hinter der hessischen Landesgrenze eingerichtet und neue Zielwerte für die Messstelle Boffzen festgelegt: Für Chlorid 395 mg/l bis 2021 und 295 mg/l bis 2027, für Magnesium 55 mg/l bis 2021 und 30 mg/l bis 2027 und für Kalium 35 mg/l bis 2021 und 20 mg/l bis 2027 jeweils gemessen als 90-Perzentil.

Mit einer Genehmigung des Antrags des Unternehmens K+S durch das Regierungspräsidium in Kassel würde diese gemeinsame Vereinbarung der Weserländer gebrochen und auch unsere Weser dauerhaft deutlich mehr Salzabfälle enthalten als vorgesehen.

Der Kreistag Nienburg/Weser besteht auf die Einhaltung der 2016 vereinbarten Grenzwerte und fordert die Kreisverwaltung auf, künftig wieder das Recht zur Stellungnahme fristgerecht wahrzunehmen. Darüber hinaus fordert der Kreistag das Land Niedersachsen auf, für die Einhaltung der 2016 beschlossenen Vereinbarungen für eine saubere Weser gegenüber Hessen einzutreten.

Begründung:

Der aktuelle Antrag wieder mehr Salzabfälle in die Weser einzuleiten würde alle Bemühungen der Weseranrainer der letzten Jahre für eine Verbesserung der ökologischen Situation zunichtemachen. Das Unternehmen K+S hatte vier Jahre Zeit Maßnahmen zu ergreifen und sich auf die 2016 vereinbarten Grenzwerte einzurichten.

Zum Schutz unserer Weser sollte sich auch der Landkreis Nienburg/Weser klar gegen eine Erhöhung der Grenzwerte positionieren.